

Déjà-vu

Die nächste Welle kommt bestimmt

■ TOMÁŠ SEDLÁČEK

Ich kann mir nicht helfen, aber es ist ein Déjà-vu des Vorjahres, als wir auch glaubten, dass wir es hinter uns gebracht hätten und das Ärgste vorbei sei. So wie im vorigen Jahr wissen wir wenig darüber, was im Herbst geschehen wird. Wir vergessen, dass im Vorjahr die Covid-Zahlen auch vor dem Sommer zu sinken begonnen haben, und zwar von alleine, ohne Vakzine, nur unter dem Einfluss der Witterung, und dass unsere gegenwärtige Hoffnung die Vakzine sind, während es im Vorjahr die Wärme war. Hoffen wir darauf, aber rechnen wir lieber damit, dass uns im Herbst noch einige Überraschungen erwarten. Seien wir für alle Fälle mental und psychisch vorbereitet: Was will ich lernen, was will ich machen, was will ich vermeiden, wo will ich und mit wem sein?

Statt in die Luft lieber in den Kopf

Die nächste staatliche Unterstützung sollte nicht mehr kompensatorisch sein (Geld für nichts), sondern bildungsfördernd: sofern Sie nicht für jemanden arbeiten können, arbeiten Sie an sich selbst. Das bedeutet, falls es wieder erforderlich sein sollte, irgendwelche einschränkende Maßnahmen einzuführen, sollten wir bereits existierende Online-Kurse ausgesucht haben, wo man sich anmelden kann. Falls wir wieder die Staatskasse zur Ader lassen müssen, dann tun wir es nicht für nichts und wieder nichts. Sicher, in den ersten Wellen konnte man in der Eile nicht viel Anderes machen, als den Menschen Einkünfte zu ersetzen, aber nun sollten wir uns weiser verhalten. Rein hypothetisch: hätten wir das bereits im vorigen Herbst getan, hätten wir aus der Corona-Krise nicht nur verschuldet aussteigen können, sondern wir hätten mit dem Geld bei-

spielsweise endlich ordentlich Englisch lernen können. Kann sich doch das, was eine Flut von Fernsehköchen geschafft hat (viele haben gelernt, bedeutend besser zu kochen und ihre Speisen zu genießen), auch in anderen Bereichen wiederholen. Kurz gesagt, sollte der Staat feststellen, ob es nicht möglich ist, die Unterstützung des Nichtstuns in kleine, schnelle Stipendien zu verwandeln. Der Mensch lernt Englisch nicht innerhalb eines Jahres. Falls er jedoch über eine Grundlage verfügt, wird ihn ein Jahr mit regelmäßig zwei Stunden Unterricht täglich wesentlich voranbringen. Die Regierung könnte auch im Voraus die Online-Kurse unserer sowie international anerkannter Universitäten auswählen, genehmigen und Stipendien für das erfolgreiche Absolvieren betreffender Kurse vergeben.

Obwohl ich an eine schnelle Erneuerung der Wirtschaft glaube (die Wirtschaft erholt sich von externen Schocks schnell und oft wird durch sie meist mit Energie geladen), wird es besser sein, einen Plan B zu haben. Auch wenn mir klar ist, dass es allen Politikern – auch Ihnen und mir – jetzt vor allem darum geht, COVID und damit zusammenhängende Fehler so schnell wie möglich zu vergessen, sollten wir aus dem vorigen Jahr doch ein wenig lernen.

Nicht mehr zurück in die Vergangenheit

Der größte Fehler wäre jedenfalls in die Vergangenheit zurückzukehren und auf den Impuls, den uns Corona gegeben hat, zu vergessen: vor allem jenen zur Digitalisierung und Solidarität. Ich habe Corona immer als eine ein wenig übertriebene und radikale, dennoch aber reale Kost-



Tomáš Sedláček ist Chefvolkswirt der Tschechoslowakischen Handelsbank, Mitglied des tschechischen Nationalen Wirtschaftsrats und lehrt an der Karls-Universität Prag Wirtschaftsgeschichte und -philosophie.

■ **Der Staat sollte feststellen, ob es nicht möglich ist, die Unterstützung des Nichtstuns in kleine, schnelle Stipendien zu verwandeln.**

probe der Zukunft betrachtet, also einer stärker vernetzten Welt und abstrakteren Wirtschaft. Das – übertragen ins Praktische – bedeutet, sich jener überflüssiger Dinge zu entledigen, die vielleicht zur Zeit Maria Theresias einen Sinn ergaben. Man muss jetzt die Arbeit der staatlichen Verwaltung und der Unternehmen durch Digitalisierung erleichtern und Kindern in Ghana, Prag oder Tokio ein Studium von zu Hause aus an den besten Universitäten der Welt ermöglichen.

Was spricht noch dagegen, dass sich in einer normalen Klasse außer physisch anwesenden Kindern nicht auch noch einige externe Laptop-Schüler befinden, die dem

Unterricht mitunter geistig viel präsenter folgen als manch einer, der bloß körperlich anwesend ist?

Die staatlichen Behörden aber werden das Untertanenvolks durch lange Warteschlangen schikanieren, die Unternehmen werden die digitale Transformation nicht hinkriegen, die Schulen werden wieder das Büffeln von Abprüfbarem verlangen statt geistiger Bildung zu vermitteln und die Staaten werden statt geregelte Migration zu organisieren, es sich leicht machen, indem sie Grenzen schließen um im eigenen Sandkasten zu spielen, was ganz bestimmt niemandem jemals geholfen hat. ■

*Verfasst im Juli 2021 für die Wirtschaftszeitung „Hospodářské noviny“.
Aus dem Tschechischen von Jana Starek*

⇒ *Fortsetzung von Seite 12*

■ **Das Beispiel Afghanistan hat zuletzt anschaulich gezeigt, wie verkehrt es ist, in Waffen, Militärs und korrupte Politiker statt in Bildung und Entwicklung, in Maßnahmen zur Bekämpfung von Hunger und Armut zu investieren.**

Die reichen Länder wären schlecht beraten, würden sie diese Regionen ganz allein lassen. Es wird uns nichts nützen, wenn wir nur auf unser Wohlergehen schauen und die Welt außerhalb der „Festung Europa“ ausblenden. Das führt eher dazu, dass noch mehr Menschen zu uns drängen. Je besser es einem Land geht, umso mehr wird es zum begehrten Ziel für jene, die vor Unterdrückung und Gewalt, aber auch vor den Folgen des Klimawandels, vor Armut und Hunger, aus ihrer Heimat fliehen.

Es ist vor allem die Ungleichheit auf unserem Planeten, die zu Krisen und Konflikten führt. Die einen leben in Luxus und können anscheinend nie genug bekommen, während andere um ihre Existenz oder um einen bescheidenen Lebensstandard kämpfen müssen. Es bedarf eines gewissen Ausgleichs zwischen reichen und armen Ländern, aber auch innerhalb von Staaten, in denen eine kleine Oberschicht in Luxus lebt, während der Großteil der Bevölkerung darben muss.

Das Beispiel Afghanistan hat zuletzt an-

schaulich gezeigt, wie verkehrt es ist, in Waffen, Militärs und korrupte Politiker statt in Bildung und Entwicklung, in Maßnahmen zur Bekämpfung von Hunger und Armut zu investieren. Am globalen Kampf um mehr Gleichheit führt jedenfalls kein Weg vorbei, mögen die Hoffnungen auch gering sein, dass man dem Ziel eines Weltfriedens näherkommt.

Voraussetzung dafür wäre, dass die Reichen mit den Ärmern teilen, dass nicht Gier und Neid, sondern Solidarität und Hilfsbereitschaft dominieren. Diese Vision mögen manche als schönen Traum à la Martin Luther King abtun, aber wenn nicht zumindest ein wachsender Teil der Menschheit auf die Verwirklichung dieses Traums hinarbeitet, wird unser Planet in Kürze ein Trümmerhaufen sein. Nicht ein blind waltendes Schicksal, sondern die Menschheit ist für die gegenwärtigen Zustände hauptverantwortlich. Aber jeder und jede von uns ist ein Teil dieser Menschheit und kann auch ein bisschen dazu beitragen, dass sich die Dinge wieder zum Besseren wenden. ■